

VPRT fordert zeitnah Endgeräteipfel und Bedarfsanmeldung der digitalen Radiofrequenzen

Private Radios treiben Radiodigitalisierung voran

Berlin, den 29. Januar 2008. Damit der knappe Zeitplan für den geplanten Start des digitalen Radios in 2009 gehalten werden kann, hat der VPRT-Vizepräsident und Vorsitzende des Fachbereiches Radio und Audiodienste im VPRT, Hans-Dieter Hillmoth, im Rahmen eines Gespräches mit dem Verband der deutschen Automobilindustrie auf einen zeitnahen 'Endgeräteipfel' gedrängt. "Es wäre fatal", so Hillmoth 'wenn wir in 2009 bundesweit mit drei Multiplexen und einer Vielzahl digitaler Radioangebote starten, und es gäbe keine technisch und preislich passenden Endgeräte. Es ist wichtig, mit der Endgeräteindustrie gemeinsam die Anforderungen an die Geräte zu klären." Genauso wichtig sei, dass die Länder bald den Frequenzbedarf bei der Bundesnetzagentur anmelden und die Bedarfsanmeldung hierzu unter allen Beteiligten abstimmen.

Der Start des digitalen Radios in einem sog. 'Big Bang' und in einem modernen Standard (MPEG-4-AAC+) war mit der ARD, den Landesmedienanstalten und den Ländern schon im Frühherbst 2007 vereinbart worden. Strittig blieb, ob der neue Standard DAB+ oder DMB-Radio (die audiovisuelle Weiterentwicklung von DAB+) sein soll und vor allem blieb offen, wann die Ausstrahlung des 'alten' DAB (MPEG-1 Audio Layer II) eingestellt werden sollte. Der VPRT setzt sich für eine schnellstmögliche Einstellung des alten DAB ein, da die derzeit über den Handel vertriebenen DAB-Geräte nicht in der Lage sein werden, den weiterentwickelten DAB+ oder DMB-Radio-Standard zu empfangen. "Es wird die betroffenen Verbraucher sehr verärgern, wenn sie in nur ca. 1 ½ Jahren erfahren, dass ihr schickes digitales Gerät für die Radiozukunft gar nicht geeignet ist", so Hillmoth, "und Geräte, die über die Software an die neuen Standards angepasst werden, gibt es derzeit nicht."

In dem Zusammenhang stellte der VPRT-Vizepräsident klar, dass die Vorwürfe, der VPRT blockiere durch Nichtunterzeichnung der sog. 'Mainzer Erklärung' die Radiodigitalisierung, unhaltbar und absurd seien. Die 'Mainzer Erklärung' habe vornehmlich das Ziel gehabt, bei der KEF mehr Gelder für die digitalen ARD-Hörfunkprogramme herauszuschlagen und dafür sei der VPRT nun wirklich nicht zuständig. Im Gegenteil: der VPRT fordere, dass zunächst konkret festgelegt werde, welche Art und wie viele Programme die ARD digital anbieten darf, bevor 'ins Blaue' zusätzliche Gebührengelder oder pauschal Frequenzen zugestanden würden. Zudem verfügten die Anstalten im Gegensatz zu den privaten Radiounternehmen - insbesondere nach der aktuell zu erwartenden Gebührenerhöhung - über mehr als ausreichende finanzielle Mittel, um den Start des digitalen Radios zu finanzieren. 'Es verwundert sehr,' so Hillmoth abschließend, 'dass sich gerade die von der Übermacht der ARD besonders betroffenen kleineren privaten Hörfunksender der Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) so aktiv für die ARD-Gebührenerhöhung aussprechen, anstatt sich um die eigene Überlebensfähigkeit in der digitalen Welt zu sorgen.'

**Verband Privater
Rundfunk und
Telemedien e. V.
Stromstraße 1
D-10555 Berlin
T: +49 (0)30 / 39 88 00
F: +49 (0)30 / 39 88 01 48**